

Politik / Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf

Mehrheit schweigt zum Todesfall in Klinik

Deniz Celik (LINKE) wirft anderen Fraktionen in der Hamburger Bürgerschaft vor,

die Aufklärung zu verschleppen

Von Reinhard Schwarz 06.05.2019, 17:35 Uhr / Lesedauer: 3 Min.



Blumen und Kerzen erinnern auf dem Gelände des UKE an den toten William Tonou-Mbobda.

Foto: dpa/Daniel Bockwoldt

Der Tod des Psychatriepatienten William Tonou-Mbobda im Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE) wirft Fragen auf. Der Kameruner wurde nach Augenzeugenberichten von Sicherheitskräften misshandelt und verlor das Bewusstsein. Er wurde reanimiert, ins künstliche Koma versetzt und starb fünf Tage später. Gibt es neue Informationen zu den Todesursachen?

Gerichtsmediziner haben Herzversagen als Todesursache festgestellt. Es gibt bisher aber keine Klarheit über die Frage, inwieweit auch Gewalteinwirkung durch Sicherheitskräfte für den Tod ursächlich war. Das muss noch geklärt werden.

Zur Person



Deniz Celik sitzt für die LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft. Dort ist der 40-Jährige gesundheitspolitischer Sprecher. Mit ihm sprach Reinhard Schwarz über den Fall des Psychatriepatienten William Tonou-Mbobda, der am 26. April verstarb. In der Bürgerschaft

Was hat aus Ihrer Sicht ein Sicherheitsdienst in einer Psychiatrie zu suchen?

Ähnliche Artikel

06.05.2019 / Hermannus Pfeiffer

Gute Geschäfte mit Kranken

Private Klinikbetreiber melden Rekordzahlen und verdrängen öffentliche Krankenhäuser

03.05.2019 / Reinhard Schwarz, Hamburg

Schleppende Aufklärung nach Tod in Uniklinik

Vorwürfe gegen Polizei aus Hamburger Black Community / SPD und Grüne zurückhaltend im Gesundheitsausschuss

29.04.20:

Kameru Psychia

Polizei e

Nach meiner Meinung überhaupt nichts. Zwangsmaßnahmen in der Psychiatrie sollten ausschließlich von medizinischem Personal mit entsprechender Qualifizierung vorgenommen werden. Wenn in bestimmten Situationen das medizinische Personal überfordert ist, muss die Polizei gerufen werden. Wir haben in diesem Bereich eine Regelungslücke. Zwar ist es gesetzlich geregelt, wer in Gefahrensituationen unter welchen Voraussetzungen Zwangsmaßnahmen anordnen darf, aber es ist nicht geregelt, wer sie umsetzt. Das entsprechende Gesetz muss dringend von der Bürgerschaft reformiert werden.

Liegen Ihnen Informationen zur Sicherheitsfirma vor, deren Mitarbeiter auf dem Krankenhausgelände eingesetzt werden?

Das Sicherheitsunternehmen ist eine 100-prozentige Tochter des Universitätsklinikums.

Wie will die Linksfraktion mit dem Vorfall umgehen?

Zunächst fordern wir die vollständige Aufklärung des Geschehens. Unser Antrag auf Befassung im Gesundheitsausschuss wurde von der Ausschussmehrheit mit der Begründung, dass die Ermittlungen noch laufen, abgelehnt. Dagegen haben wir argumentiert, dass die Rahmenbedingungen zu Psychiatrie, Zwangsmaßnahmen und Sicherheitsdienste auch vor dem Abschluss der Ermittlungen diskutiert werden können und müssen. Der Fall wirft sehr viele Fragen auf. Und es ist ein Armutszeugnis, dass die Mehrheit im Gesundheitsausschuss sich weigert, sich mit diesen Themen zu befassen und die Aufklärungsarbeit verschleppt. Außerdem fordern wir, dass neben den Rechtsmedizinern mit Sitz im UKE auch noch externe Instanzen an der gerichtsmedizinischen Untersuchung des Verstorbenen teilnehmen, um die Akzeptanz der Ergebnisse zu erhöhen.

Warum hüllen sich die Vertreter der Regierungsparteien SPD und Grüne sowie die anderen Fraktionen in der Bürgerschaft nach dem Tod von William Tonou-Mbobda in Schweigen?

Die nächsten Bürgerschaftswahlen stehen an und sollen im Februar nächsten Jahres stattfinden. Die Regierungsfractionen haben selbstverständlich kein Interesse daran, dass nun die Versorgung in den Kliniken in Frage gestellt wird. Bemerkenswert ist zudem das Schweigen der anderen Oppositionsfractionen CDU, FDP und AfD. Ich frage mich, ob es anders wäre, wenn das Opfer ein Patient mit weißer Hautfarbe gewesen wäre.

Haben Sie Informationen über ähnliche Vorfälle, die sich in der Vergangenheit ereignet haben?

Es gab einen Brechmitteleinsatz gegen Achidi John im Jahr 2001 im UKE. Er starb anschließend an Herzversagen. Der Einsatz von Brechmitteln gegen mutmaßliche Drogendealer wurde 2001 unter dem damaligen sozialdemokratischen Innensenator Olaf Scholz, heute Finanzminister und Vizekanzler, eingeführt. Später wurde dies wieder abgeschafft.

Wie steht es um die Rechte von Psychatriepatienten?

Die Stigmatisierung in der Berichterstattung über psychisch erkrankte Menschen muss aufhören. Die Rechte der Psychatriepatienten müssen gestärkt werden. Es gibt eine Aufsichtskommission, die wird aber vom Senat ernannt. Wir fordern, dass die Bürgerschaft und nicht der Senat die Mitglieder benennt. Die Beteiligung der Betroffenen und Angehörigen muss stärker ausgebaut werden. Auch die Themen Personalmangel, Zwangsbehandlung und Deeskalationsschulung müssen diskutiert werden.

Leben Schwarze nicht nur in der Psychiatrie gefährlicher?

Schwarze sind strukturell benachteiligt und häufiger Opfer rassistischer Übergriffe. Wir müssen daher als Gesellschaft über strukturellen Rassismus diskutieren. Und die Institutionen müssen sich auch selbstkritisch mit dem Thema befassen.

Schlagwörter zu diesem Artikel:

[#Hamburg](#) [#Krankenhaus](#)

Hat Ihnen dieser Artikel gefallen? Dann teilen Sie ihn doch mit anderen



► [Leserbrief schreiben](#)

[zur Startseite](#)



ng

Frauen- und
onen

ng ein

Regierungsbeteiligung nur
mit Schulreform

Sachsens LINKE fordert im
Programmentwurf für Landtagswahl
Änderungen bei Bildung, Bauen und
Nahverkehr

Die Töpfe scheppern wieder

Nach Wahlannullierung in Istanbul
entlädt sich Wut auf den Straßen

Ein Blick hinter die

Mit prominenter Unters
das Innenministerium d
von Polizei- und Rettun
stärken



nterm Draht

cke für Elektro-Lkw
g eröffnet / Kritik
ern

Die Handschrift der Sieger

Was uns die kyrillischen
Inschriften im Reichstag zu Berlin
sagen

Sechs Kuchengabeln

Eine jüdische Familie wird mit ihrer
Vergangenheit konfrontiert - und
Besteck spielt dabei eine
besondere Rolle

Mehrheit schw

Todesfall in Klinik
Deniz Celik (LINKE)
Fraktionen in der Ha
Bürgerschaft vor, die
verschleppen

Features



Poststelle, Supermarkt oder
»nd«: immer in Ihrer

Was ist »nd.DIE WOCHE«?

Neues Layout, neue journalistische Formate und
ein neuer Name.

Ökologie mit links



9 Ausgaben für nur 9 €

Jetzt nd.DieWoche testen!

9 Samstage die Wochenendzeitung bequem frei Haus.

[Hier bestellen](#)

Früher war mehr Lametta.
Heute gibt's:

[Tagesübersicht](#)[PDF | E-Pub](#)[nd-ePaper](#)[Newsletter](#)[Archiv](#)[Die Redaktion](#)[Gastautoren](#)[Über uns](#)[Anzeigen](#)[Mediadaten](#)[Abo](#)[nd am Kiosk](#)[Shop](#)[Leserreisen](#)[Termine](#)[Hilfe](#)[Ihre Ideen](#)[Datenschutz](#)[AGB](#)[Schlagwörter](#)[RSS-Feeds](#)[Archiv/Suche](#)[Kontakt](#)[Jobangebote](#)[Impressum](#)

Hinweis zum Datenschutz: Wir setzen für unsere Zugriffsstatistiken das Programm Matomo ein. Besuche und Aktionen auf dieser Webseite werden statistisch erfasst und ausschließlich anonymisiert gespeichert.

© Redaktion neues-deutschland.de. Design und Realisation: WARENFORM. Hosting: SINMA.